

# Mehr Sicherheit für Schüler an der L331

Felder Bürgerinitiative hat vor fast fünf Jahren eine Petition eingereicht – Entscheidung lässt auf sich warten

VON PETER MLODOCH

**Hannover.** Am Ende steht immerhin die zweitbeste von sechs denkbaren Empfehlungen. Fast fünf Jahre ist es mittlerweile her, dass die Bürgerinitiative für mehr Schulwegsicherheit auf der Landstraße L331 in Riede-Felde (Kreis Verden) eine Petition an den Niedersächsischen Landtag gerichtet hat. Am Freitag endlich hat der zuständige Verkehrsausschuss nach befüggtem Streit in nichtöffentlicher Sitzung den Weg frei gemacht, das sich das Parlament mit der Petition gefasst. Die Eingabe soll danach der Landesregierung zur „Erwägung“ überwiesen werden. Das ist zwar nicht die höchste Stufe „Berücksichtigung“, aber eben auch nicht das Aus für die Petition.

Ob und wann die von der Initiative gewünschten Überquerungshilfen für die Jungen und Mädchen auf ihrem Weg zum Schulbus tatsächlich kommen, bleibt dennoch offen. „Die Gefahr für unsere Kinder wird immer größer“, drängt Petentin Ilse Lange mit Blick auf den wachsenden Lastwagenverkehr zum schnellen Handeln. Zur Forderung der Bürgerinitiative gehört auch ein 350 Meter langer Radweg entlang der extrem schmalen L333, wo die Schüler bisher nur über den Straßenrand ihre Bushaltestelle erreichen können.

## Hickhack zwischen den Lagern

„Es ist unerträglich, dass die Leute weiter hingehalten werden“, kritisierte der Grünen-Abgeordnete Detlev Schulz-Hendel. Laut Geschäftsordnung müsste eigentlich der Landtag binnen sechs Monaten über eine Eingabe befinden. „Die Maßnahmen hätte man doch schon längst alle haben können“, meinte FDP-Fraktionsvize Jörg Bode. Hierzu seien keine großen Summen erforderlich. Beide stimmten im Ausschuss gegen die Große Koalition, wollten mehr: den Status „Berücksichtigung“.

So weit war die Petition eigentlich schon längst. Einstimmig hatten sich die Verkehrsminister des rot-grünen Regierungslagers und der schwarz-gelben Opposition in der vergangenen Legislaturperiode für die höchste Stufe entschieden. Allerdings hatte auch der Haushaltsausschuss wegen der möglichen finanziellen Folgen ein Wörtchen mitzureden. Doch inzwischen war Rot-Grün wegen des Übertritts der Grünen-Abgeordneten Elke Twesten geplatzt. CDU und FDP nutzten ihre neue Mehrheit und blockierten die Eingabe.

Nach den vorgezogenen Neuwahlen ging das Hickhack munter weiter – jetzt freilich unter anderen politischen Vorzeichen. Die Haushalter insbesondere der Union sperr-



Gefährliche Situation für Schüler an der L331: Es gibt an der Schulbushaltestelle keinen Zebrastreifen oder Fahrradweg.

FOTO: BJÖRN HAKE

ten sich weiter gegen die Forderungen aus Riede-Felde, weil sie einen Präzedenzfall fürchteten. Ihr Argument: Für Radwege gebe es eine landesweite Prioritätenliste. Wenn man jetzt unabhängig davon Geld für einen bestimmten Weg locker mache, könnten Bürgerinitiativen künftig mittels Petitionen wichtiger eingestufte Projekte blockieren. Die SPD, die noch vor einem halben Jahr den Ruf nach Querungshilfen und Radweg unterstützte, mochte jetzt aus Koalitionsräsion den neuen Partnern nicht widersprechen. SPD und CDU einigten sich im Haushaltsausschuss auf die Stufe „Erwägung“ als Kompromiss, dem sich

nun auch die Mehrheit im Verkehrsausschuss anschloss.

Die Verdener SPD-Abgeordnete Dörte Liebetruh setzt nun auf eine pragmatische Lösung: „Für die Schüler in Riede-Felde ist entscheidend, dass ihre Schulwegsicherheit endlich verbessert wird.“ Deswegen wolle sie Gespräche mit dem Ziel führen, dass sich alle Beteiligten gemeinsam auf konkrete Fortschritte einigten. „Wenn aus der Politik vor Ort die Bereitschaft da ist, eine Querungshilfe an der Landstraße 331 zu planen und zu finanzieren, dann sollte diese Verbesserung der Schulwegsicherheit nicht am Land scheitern“, meinte Liebetruh. Die Lei-

ter der Verdener Landesstraßenbaubehörde habe sich für eine solche Lösung offen gezeigt. Auch der ehemalige FDP-Verkehrsminister Bode hofft, dass der Ausschuss-Beschluss „jetzt die Initialzündung ist, den gordischen Knoten endlich durchzuschlagen“. Das Straßenamt habe doch längst aktiv werden können, hält der Grüne Schulz-Hendel dagegen. „Die Verkehrsbehörde hat durch Untätigkeit auf ganzer Linie geglänzt, immer mit dem Argument des laufenden Verfahrens der Petition.“ Das könnte bald entfallen. Der abschließende Beschluss über die Eingabe ist bereits in der Landtagssitzung Ende Februar möglich.